

«Wir wollen keine ‹Pflasterlipolitik›»

Die Befürworter und Gegner des Massnahmenpakets für die staatliche Pensionskasse SPL trafen sich gestern zum Schlagabtausch.

Valeska Blank

Technischer Zinssatz, Wertschwankungsreserven, Umwandlungssatz, Verzinsung der Sparguthaben: Für viele ist es nicht einfach zu verstehen, wie eine Pensionskasse funktioniert. Noch etwas schwerer wird die Kost, die den Stimmberechtigten Liechtensteins am 1. Dezember serviert wird: Dann können sie über die Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge des Staates entscheiden.

Einfacher ausgedrückt: Bei der Abstimmung in knapp vier Wochen geht es darum, in welcher Form die Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein SPL – also die Pensionskasse der Angestellten der Landesverwaltung und vieler anderer staatsnaher Betriebe – für die Zukunft fit gemacht werden soll.

Abgestimmt wird über ein Ja oder Nein zum Paket

Wenn man das Ganze noch weiter herunterbricht, geht es um ein Massnahmenpaket, dem der Landtag grösstenteils seinen Segen erteilt hat. Die Frage dreht sich nun um ein Ja oder Nein zu diesem Paket – denn eine Gruppe um den DpL-Abgeordneten Herbert Elkuch hat das Referendum ergriffen.

Um dem Stimmvolk die Entscheidung etwas zu erleichtern, trafen sich Befürworter des Massnahmenpakets – Regierungschef Daniel Risch, SPL-Stiftungsratspräsident Michael Hanke und AHV-Direktor Walter Kaufmann – sowie Mitglieder des Referendumskomitees – Herbert Elkuch, Cornelia Ihringer und Jochen Hadermann – gestern im Vaduzer Rathausaal zum Schlagabtausch.

«Sprechen von Menschen, die sich einsetzen»

Gleich zu Beginn der Debatte appellierte Regierungschef Risch daran, an die Angestellten und Rentner zu denken, deren Altersvorsorge von der SPL abhängt. «Wir sprechen hier von rund 4600 Menschen – Erwerbstätige und Rentner, die



Die Teilnehmenden: Walter Kaufmann, Direktor AHV-IV-FAK, SPL-Präsident Michael Hanke, Regierungschef Daniel Risch, Moderatorin Doris Quaderer und die Mitglieder des Referendumskomitees: Herbert Elkuch, Cornelia Ihringer und Jochen Hadermann (v.l.). Bild: Nils Vollmar

täglich ihren Einsatz fürs Land leisten oder geleistet haben.» Diese Menschen hätten es verdient, dass ihre Pensionskasse gut aufgestellt wird.

Naturgemäss schwenke der Blick der Diskussionsteilnehmer rasch in die Vergangenheit. Die Personalvorsorge des Staates musste vor zehn Jahren saniert werden; ein dreistelliger Millionenbetrag floss in die Kasse. In diesem Zusammenhang räumte Risch ein, dass die Verantwortlichen damals zu lange gewartet hätten. Diesen Fehler wolle man nun vermeiden.

Streitpunkt Darlehen: Zurückzahlen oder nicht?

Konkret wurde die staatliche Pensionskasse 2013/2014 mit 200 Millionen ausfinanziert. 100 Millionen wurden als zinsloses Darlehen gesprochen. Heute ist es genau dieses Darlehen, an dem sich das Referendumskomitee stösst – denn gemäss dem aktuellen Massnahmenpaket soll es nicht, wie

ursprünglich vorgesehen, zurückbezahlt, sondern in Eigenkapital umgewandelt werden.

«Darum soll das Volk entscheiden, ob diese Millionen der SPL geschenkt werden», argumentierte der DpL-Abgeordnete Elkuch. Nach seiner Ansicht sollte die Rückzahlung des Darlehens nicht erlassen werden – denn schliesslich sei es unbefristet und zinslos. «Also kann die SPL damit wirtschaften wie mit eigenem Geld.» Ge-

«Wir wollen einen sparsamen Umgang mit unserem Steuergeld.»

Herbert Elkuch
Referendumskomitee

mäss dem Beschluss von 2014 muss ein Teil des geliehenen Geldes zurückbezahlt werden, wenn die Pensionskasse nach einem gewissen Zeitraum einen Deckungsgrad von 105 Prozent erreicht.

«... dann wird eine gute Entwicklung verhindert»

Elkuchs Argumentation konnte SPL-Präsident Hanke nichts abgewinnen. Das Ziel sei es doch, dass die staatliche Pensionskas-

«4600 Menschen haben es verdient, dass ihre Kasse gut aufgestellt ist.»

Daniel Risch
Regierungschef

terlipolitik». Dagegen argumentierte Hadermann vom Referendumskomitee, dass die SPL aktuell nicht schlecht dastehe und verwies auf den Deckungsgrad, der aktuell 101,8 Prozent beträgt. «Daher halte ich es für unwahrscheinlich, dass diese Zahl wieder auf 90 Prozent fällt und die Kasse saniert werden muss.»

Komitee will gleiche Behandlung aller Kassen

Neben dem Darlehen stört sich das Referendumskomitee daran, dass die Renten im staatlichen Vorsorgewerk ausfinanziert werden sollen. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 46,7 Millionen Franken. «Warum soll die SPL kassieren, andere Pensionskassen aber nicht?», gab Elkuch zu bedenken und rief zu einem sparsameren Umgang mit den Steuergeldern auf.

An der Ausfinanzierung müssen sich neben dem Land auch die an die SPL angeschlossenen Unternehmen beteiligen. AHV-Direktor Kaufmann nahm als Vertreter dieser Betriebe an der Diskussion teil und argumentierte, dass es nichts Ungewöhnliches sei, dass die Arbeitgeber Geld einschliessen müssen, wenn dies seitens der Pensionskasse nötig ist.

«Auch die Löhne werden mit Steuergeldern bezahlt»

Auch Regierungschef Risch pochte wiederholt darauf, dass man die Rolle des Staates in der SPL-Frage nicht vermischen dürfe. «Der Staat agiert hier als Arbeitgeber», betonte er, räumte aber dennoch ein, dass die Neuausrichtung der staatlichen Personalvorsorge mit Steuergeldern finanziert werde. «Dann könnte man aber auch kritisieren, dass die Löhne der Angestellten der Landesverwaltung mit Steuergeldern bezahlt werden.»

Hadermann hielt dagegen: «Aber es ist nun mal das Volk, das die Steuern zahlt – und darum soll es auch über das SPL-Massnahmenpaket abstimmen.»

se dereinst gleich gut aufgestellt sein werde wie andere Vorsorgewerke des Landes. «Wenn das Darlehen stehen bleibt, wird das zuverlässig verhindert», sagte Hanke und begründete seine Aussage damit, dass ein erstrebenswerter Deckungsgrad bei rund 115 Prozent liege. Die Rückzahlung des Darlehens verunmögliche eine Entwicklung in diese Richtung – «und dann muss es nur erneut an den Kapitalmärkten rumpeln, und wir werden wieder zum Sanierungsfall.»

«Die SPL steht aktuell nicht schlecht da»

Letztlich setzen sich die Befürworter des Massnahmenpakets dafür ein, dass exakt das nicht mehr passiert. Doch das sei nur möglich, wenn alle geplanten Schritte umgesetzt werden. «Wollen Sie, dass wir in zehn Jahren schon wieder ein Paket umsetzen müssen?», fragte Hanke an die Adresse Elkuchs. Man wolle doch keine «Pflä-